Lindners Geschenke

Zu: ‚‚Ich mache keine Schulden für Wahlgeschenke'', FR-Wirtschaft, 12.11.

Die Philosophie von Christian Lindner kann nicht ganz überzeugen, auch wenn es gewissermaßen in der Natur der Sache liegt, dass sich ein Finanzminister in erster Linie für seine Arbeit selber über den grünen Klee loben muss.

Schließlich gibt es gerade beim Thema der Generationengerechtigkeit erhebliche Defizite bei der gegenwärtigen Ampel-Politik, da die Investitionen bei der Bildung eben nicht so erhöht werden, wie es schon aufgrund des demographischen Wandels angemessen wäre, und selbst der Ausbau des schnellen Internets erst jüngst einen erheblichen Dämpfer erhalten hat, indem einfach lapidar erklärt wurde, dass die bisherigen Fördertöpfe eben leer seien.

Deshalb bedarf es hier in jedem Fall einer nachhaltigeren Politik, die trotz einer sich anbahnenden und nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Rezession wieder mehr die Zukunft in ihren Mittelpunkt stellt, zumal ebenfalls weiterhin – insbesondere auch auf Druck der FDP – ein erkennbarer Ehrgeiz innerhalb der Bundesregierung für einen fairen solidarischen Lastenausgleich fehlt, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wirklich mit echtem Leben zu erfüllen und gemeinsam gestärkt aus der aktuellen Krise zu gehen!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Eine Frage des Willens

Zu: „Gaspreisbremse kommt", FR-Wirtschaft vom 15. November

Frank-Thomas Wenzel fasst die aktuelle Situation gut zusammen und legt auch den Finger in die Wunde. Einige Anbieter verdienen auf Kosten anderer, weil Risiken auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Wenn die Steuerzahler schon einspringen müssen, um eine sozialverträgliche Energieversorgung zu gewährleisten, warum übernimmt die öffentliche Hand nicht gleich die Energieversorgung? Warum sollen in guten Zeiten die Gewinne an Firmeneigner fließen und in schlechten Zeiten die Allgemeinheit die Zeche zahlen?

„Der Markt wird's schon regeln" – das stellt sich immer häufiger als irreführendes Narrativ heraus. Der freie Markt bedingt als Korrektiv die Möglichkeit des Scheiterns eines Teilnehmers. Wo das nicht mehr gilt, existiert per se kein freier Markt.

Auch die Aussage der VKU-Sprecherin, die Politik hätte nur begrenzten Handlungsspielraum, ist irreführend. Die Politik kann auf parlamentarischem Weg die Regeln ändern, die sie angeblich begrenzen – alles eine Frage des politischen Willens.

Thomas Kranz, Rosbach

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221115

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Literaturwissenschaftler Heiner Boehncke und dem Autor Hans Sarkowicz über ihr neues Buch „Hans Ostwald – Lieder aus dem Rinnstein", Mit Musik,
Freitag, 18. November, 19.30 Uhr
Bühne Marleen, Liliencaré, Wiesbaden

Bascha Mika moderiert die Veranstaltung „Picture My Life. Filmstories aus Simbabwe" mit Tsitsi Dangarembga, Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels 2021, und Olaf Koschke (Filmproduzent). Filmbeiträge und Gespräch. Tickets unter alteoper.de.
Samstag, 19. November, 17.30 Uhr
Alte Oper, Albert-Mangelsdorff-Foyer, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Frankfurter Kulturdezernentin Ina Hartwig (SPD) über den wachsenden Krisen-Druck auf die Kultur-Institutionen, Eintritt frei.
Montag, 21. November, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Steinmeiers Worthülsen

Harte Zeiten: „Plädoyer für die Zukunft", FR-Politik vom 29. Oktober

Eine armselige Rede hat Bundespräsident Steinmeier gehalten. Besonders schwer wiegt der stehende Applaus des Publikums, Er offenbart den Verlust der Bürgernähe bei den anwesenden Entscheidungsträgern. Steinmeier spricht mit Recht vom „Epochenbruch" und benutzt zwei Bilder zur Verdeutlichung: Die „Friedensdividende ist aufgebraucht" und Putin habe nicht nur internationale Spielregeln verletzt, sondern gar das ganze „Schachbrett umgeworfen". Solch Bildersprache ist verräterisch – ganz abgesehen davon, dass die Vermischung von menschlichen Werten wie „Frieden" mit Finanzbegriffen fragwürdig ist. Doch wenn die Friedensdividende aufgebraucht ist, dann wäre es angezeigt gewesen, rechtzeitig internationale Friedensinvestitionen zu tätigen, um zünftig Friedensrendite zu erzielen. Das aber geschah weder zu Steinmeiers Zeiten als Kanzleramts- noch als Außenminister, und jetzt als Bundespräsident liefert er Worthülsen, keinerlei konkreten Impuls.

Beim Schachbrett-Vergleich bleibt die Frage, mit wem Putin gespielt hat: War es der Westen, dann wären die Menschen in der Ukraine hilflose Schachfiguren anderer Mächte. Oder „spielten" Putin und Biden gegeneinander? Dann wären die Ukraine, Deutschland und die EU Spielfiguren. Soll Deutschland so „Führung im Interesse Europas" übernehmen?

Steinmeier meint weiter, die Demokratie gehöre zur kritischen Infrastruktur. Hierzu fällt ihm nichts anderes ein, als an den Zusammenhalt der Gesellschaft zu appellieren. Besonders dramatisch dabei, dass er seine eigene Widersprüchlichkeit nicht bemerkt: Er singt das Loblied auf das Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement und betont, dass Sonntagsreden nicht ausreichten. Sein Vorschlag: das soziale Pflichtjahr! So etwas geht in die falsche Richtung. Ehrenamtliches Engagement geht zurück. Denken wir an die freiwilligen Feuerwehren mit ihren umfangreichen Fortbildungen, den Fußballschiedsrichtern und Schiedsleuten mit ihrem Fingerspitzengefühl. Da gibt es eine Krise des Ehrenamts, die aber nicht mit einem sozialen Pflichtjahr behoben werden kann. Es drängt sich der Verdacht auf, Steinmeier hat vor allem frühere Zivi-Tätigkeiten vor Augen.

Er betont, die Reichen und Wohlhabenden müssten jetzt mehr tragen. Substanzielle Vorschläge, zukunftsfähige Impulse oder Ähnliches wären zu erwarten gewesen. Leider hat Steinmeier diese Chance vertan – und das Publikum hat stehend applaudiert. Armselig!

Gaby Rohr, Großefehn

Das herrschende Narrativ

Erwiderungen auf „Rotlackierte Nazis", FR-Forum vom 12. November

Ziemlich undemokratisch

Lieber Manfred Kirsch, ein Leserbrief ist zwar eine subjektive Meinungsäußerung, aber da Sie mehrfach das Wort „Demokratie", ja sogar verstärkend „unsere Demokratie" benutzen, sollten Sie sich doch darüber bewusst werden, was „Demokratie" auch ausmacht: nämlich ein pluralistisch verfasstes Gemeinwesen zu sein, das vom Diskurs der unterschiedlichsten Meinungen lebt! Anstatt Wagenknechts Aussagen im Einzelnen auseinander zu nehmen, verhindern Sie den Diskurs darüber einfach, indem Sie schreiben: „Schwurbler" oder gleich „Nazi" (bei Ihnen am Schluss sogar „rotlackiert") verwenden. Damit sind die so genannten Personen „verbrannt" und können der unkritischen Masse nicht mehr entkommen! Das nenne ich nicht ekelerregend, aber ziemlich undemokratisch.

Zum „Grünen-Bashing" durch Wagenknecht, die die Grünen als „gefährlichste Partei im Bundestag" bezeichnet hat, was Sie „eine Bankrotterklärung demokratischer Grundwerte" nennen, folgende Anmerkung: Vielleicht kennen Sie nicht das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages „Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch Nato-Staaten". Sonst wäre Ihnen wahrscheinlich die Entwicklung der Grünen von der Friedenspartei (niemals Waffen in Kriegsgebiete) zur bellizistischen Partei (immer mehr und immer schwerere Waffen in die Ukraine) nicht mehr so ganz geheuer?

Matthias Wooge, Neu-Isenburg

Wagenknecht ist sich treu geblieben

Es war Wagenknechts Partei, die ihren bis dato klaren Antikriegs- und Anti-Nato-Kurs verlassen hat und sich mit ihrer Zustimmung zur Sanktionspolitik an das herrschende Narrativ angepasst hat. Wenn Wagenknecht außer von linksorientierten Bürgern auf breite Zustimmung auf der rechten Seite (AfD) stößt, ist das tendenziell eher vereinend als spaltend. Wenn ich als Linker beim Corona-Komplex und bei der Kriegsfrage so etwas wie eine Schnittmenge mit der konservativen (nicht rechtsextremen!) Opposition sehe, bin ich deswegen ja noch nicht klima-ignorant, migrantenfeindlich oder sozial-/wirtschaftspolitisch „unsozial".

Übrigens gebe ich ihr Recht in ihrem Urteil, die Grünen seien die gefährlichste Partei, ganz einfach, weil sie an der Regierung sind und die AfD nur in der Opposition. Ich war in den 1980ern bei der Friedenspartei Die Grünen und bin heute nur noch entsetzt!

Björn Scherer-Mohr, Steinau

Ein Sieg der Vernunft

US-Wahlen: „Rückschlag für den Trumpismus", FR-Politik vom 16.11.

Wenn es auch nur ein „kleiner Sieg" der Demokraten bei den Zwischenwahlen ist, so ist es doch so, dass das Wahlergebnis insgesamt zumindest gezeigt hat, dass mehr US-Amerikanerinnen und -Amerikaner von der Sorge getrieben werden, dass die Demokratie in den Vereinigten Staaten von den Trump-Anhängern und dem sogenannten Trumpismus beseitigt werden könnte.

Mehr Wählerinnen und Wähler als erwartet haben diese Sorge angesichts des 6. Januar 2021 verinnerlicht und sind bereit, die amerikanische Demokratie gegen Trump und seine Gefolgsleute aktiv zu verteidigen. Joe Biden, Kamala Harris sowie die Demokraten insgesamt sollten jetzt versuchen, den USA den Stempel liberaler und demokratischer Ideen aufzudrücken und zu diesem Zwecke auch die Zusammenarbeit mit demokratisch gesinnten Republikanern suchen.

Für überzeugte Republikaner, denen der Schutz der Demokratie noch immer wichtiger ist als die blinde Vasallentreue zu dem Narzissten Donald Trump, wird es schwierig werden und viel Mut erfordern, sich gegen den Antidemokraten und geld- und machtgierigen Donald Trump zu positionieren.

Manfred Kirsch, Neuwied

Die Büchse der Pandora ist immer noch offen

Die Rechtsradikalen bei den Republikanern, Feinde der Demokratie, haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der amerikanische Wähler ist eben doch kein Schaf, das freiwillig zur Schlachtbank geht, um dort den Metzgern das Hackebeil zu überreichen. Ein Sieg der vernünftigen Wähler und somit ein Sieg der Demokratie!

Die Büchse der Pandora indes ist wieder geöffnet und spuckt neues Unheil aus. Donald Trump will für die Wahl im Jahr 2024 noch einmal kandidieren. Schreck lass nach!

Helmut Freudenthal, Kiel

SORRY

Die Frankfurter Rundschau hat Ihnen ein E für ein U vorgemacht. Am 16.11. hatten wir in unserem Thema des Tages über die WM in Katar berichtet. In der Infobox „Das Kafala-System" schrieben wir: „In Katar werden den Arbeitenden (...) bei der Einreise die Pässe abgenommen". Es hätte „wurden" heißen müssen, so wie es auch im Interview mit den beiden Nepalesen berichtet wird. Das Kafala-System ist – zumindest offiziell – mittlerweile abgeschafft. Was nicht bedeutet, dass es in Katar keine Ausbeutung mehr gibt, aber die Pässe werden den Arbeitenden jetzt offenbar nicht mehr systematisch abgenommen.